



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit  
des Nationalrats  
3003 Bern

### **23.406 n Pa. Iv. Jost. Starke Familien durch angepasste Zulagen; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. September 2025 lädt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zu einem Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (Familienzulagengesetz [FamZG]; SR 836.2) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat lehnt die vorgeschlagene Erhöhung der Mindestzulagen auf 250 Franken für die Kinder- und 300 Franken für die Ausbildungszulagen ab. Bereits heute richten rund 20 Kantone höhere Kinder- und Ausbildungszulagen aus als die Mindestansätze. Zu diesen Kantonen zählt mitunter auch der Kanton Uri. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, dass der Bund in die vom Familienzulagengesetz eingeräumte und von den Kantonen wirksam genutzte Handlungsspielräume eingreift. Auch der klare Entscheid gegen eine Erhöhung der Familienzulagen, wie ihn etwa die Zürcher Stimmberechtigten am 13. Juni 2021 fällten, ist zu respektieren. Die bestehende Autonomie der Kantone in diesem Bereich soll unverändert bestehen bleiben.

Einverstanden ist der Regierungsrat hingegen mit der Korrektur der redaktionellen Ungenauigkeit in Artikel 5 Absatz 3 («Prozent» statt «Punkte») und mit der von der SGK-N vorgeschlagenen Rundungskompetenz für den Bundesrat.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 9. Dezember 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

  
Christian Arnold

  
Roman Balli